

NACHRICHTEN

**BÜRON
Post eröffnet
Geschäftskundenstelle**

Seit März 2017 ist die Post in Büron in einem Lebensmittelladen untergebracht. Nun hat die Post zudem eine unbediente Geschäftskundenstelle eröffnet. Diese befindet sich an der Industriestrasse und kann mit einem Badge betreten werden. Geschäftskunden könnten dort von Montag bis Freitag versandfertig hergerichtete und frankierte Sendungen für das In- und Ausland aufgeben, teilte die Post mit. Für die übrigen Postkunden ändert sich nichts. Das Angebot im VOI-Migros-Partner, das es seit März 2017 gebe, bleibe unverändert bestehen. (SDA)

**LUZERN
PW-Lenker verletzt
einen Polizisten**

Auf der Zürichstrasse in Luzern gefährdete der Lenker eines Personwagens Fussgänger auf dem Fussgängerstreifen und Trottoir. Weil sich der Fehlbare, ein 75-Jähriger, bei der anschließenden Kontrolle durch die Polizei heftig wehrte, musste er festgenommen werden. Dabei wurde ein Polizist verletzt. Die Luzerner Polizei (Tel. 041 248 81 17) sucht Zeugen. (PZ)

Kanton Luzern

**Kein Privileg
für Politiker**

Im Kanton Luzern soll bei Anzeigen gegen Staatsangestellte weiterhin die Staatsanwaltschaft aktiv werden, ohne dafür die Erlaubnis einer Spezialbehörde einholen zu müssen. Der Regierungsrat lehnt das sogenannte Ermächtungsverfahren ab, weil es Amtspersonen entgegen den Erwartungen nicht vor mutwilligen Anzeigen schütze. Peter Zurkirchen (CVP) verlangt, unterstützt von 40 weiteren Kantonsräten, dass Luzern das Ermächtungsverfahren einführe. Dieses habe den Zweck, die Beamten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit vor unbegründeten, insbesondere mutwilligen Strafuntersuchungen zu schützen. Im Kanton Luzern unterliegen Anzeigen gegen Staatsangestellte wegen möglichen im Amt begangenen Vergehens oder Verbrechen dem gleichen Prozedere wie die übrigen Anzeigen: Die Untersuchungsbehörden ermitteln und entscheiden dann, ob sie bei Gericht Anklage erheben. Nach Einschätzung des Regierungsrates hat das Ermächtungsverfahren aber nicht die erwartete positive Wirkung für die Staatsangestellten, da dieses meist in der parlamentarischen Öffentlichkeit stattfindet. Das angebliche Verbrechen oder Vergehen der Amtsperson erhalte dadurch grosse Publizität. Es gebe auch keine Anzeichen, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht mit mutwilligen Anzeigen umgehen könnten. (SDA)



Regierungsrat Guido Graf, Spitex-Wiggertal-Präsidentin Marianne Schärli: Nach den Referaten bot sich die Gelegenheit zu Diskussionen.

ANDRÉ WIDMER

«Es ist enorm, was auf uns zukommt»

Wikon Regierungspräsident Guido Graf referiert an Anlass zum Thema Alter

VON ANDRÉ WIDMER

Das Thema Alter ist topaktuell, denn die laufende demografische Verschiebung der Bevölkerungszusammensetzung stellt die Gesellschaft vor mannigfaltige Herausforderungen: Pflege, Arbeitsmarkt, Sozialstaat. Den Titel «Das Alter geht uns alle an», wählte deshalb die CVP Wikon für eine öffentliche Veranstaltung unter anderem mit Regierungspräsident und Sozialdirektor Guido Graf - rund 70 Personen, vorwiegend fortgeschrittenen Alters, kamen.

Michaela Tschuor, Gemeinderätin in Wikon, strich in ihren Einführungsworten heraus, dass man in der Schweiz über das Glück von guten sozialstaatlichen Rahmenbedingungen verfüge, der «Flickenteppich» von Strukturen und Einrichtungen wie der AHV (Alters- und Hinterbliebenenversicherung), BVG (berufliche Vorsorge), IV (Invalidenversicherung) und KVG (Krankenversicherung) historisch gewachsen sei. «Wir werden älter, das ist die gute Nachricht. Aber dadurch stellen sich

auch Herausforderungen und es braucht grosse Anstrengungen.»

65 und «tschüss»

Regierungsrat Guido Graf richtete zunächst seinen Dank an die ältere Generation - dank ihr gehe es uns heute so gut, sie sei es gewesen, die die Weichen richtig gestellt habe. «Eines ist sicher: Wir werden älter. Und wir fühlen uns jünger, als wir sind», kam er schnell zum Thema. Er wies darauf hin, dass die sogenannte Babyboomer-Generation (geburtenstarke Jahrgänge der

50er- und 60er-Jahre) jetzt ins Rentenalter kommt. Im Kanton Luzern sind derzeit von rund 400 000 Einwohnern etwa 70 000 über 65 Jahre alt. 2035 dürften es schon rund 115 000 sein. Guido Graf erwähnte zudem, dass der Arbeitsmarkt nicht adäquat auf die demografische Entwicklung reagiert. «Bei

den besten Leuten ab 65 sagen wir tschüss.» Dies, obwohl zu wenig Fachleute nachkommen. Schon über 50-Jährige haben heute Mühe, eine neue Stelle zu finden. Da sind die Arbeitgeber gefordert.

Mittlerweile sei die Geburtenrate wieder gesunken. Die Lebenserwartung habe im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit um durchschnittlich rund 20 Jahre zugenommen. «Wer jetzt auf die Welt kommt, wird etwa 100 Jahre alt», so Graf. «Es ist enorm, was da auf uns zukommt.» 2050

«Wir werden älter, das ist die gute Nachricht. Aber dadurch stellen sich auch Herausforderungen und es braucht grosse Anstrengungen.»

Michaela Tschuor Gemeinderätin Wikon

seien 8 Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig. Guido Graf machte klar, dass unter anderem die Zahl Pflegebedürftiger stärker wächst als die Rekrutierung von Pflegefachpersonal vorankommt. Auch die Anzahl Demenzbetroffener - derzeit rund 5700 im Kanton Luzern - wird jährlich zunehmen. «Das bringt

viele Fragen mit sich.» Der Kanton habe mit einer Demenzstrategie bis 2028 reagiert. Es brauche neben den Massnahmen zur Rekrutierung von Pflegepersonal wie Anreize zur Ausbildung auch neue Wohnformen. Viele ältere Menschen wohnen geräumig, die Leute wollten möglichst zu Hause alt werden.

«Nach seinen Vorstellungen»

Marlis Roos, Kantonsrätin aus Geiss, erklärte: «Jeder Mensch soll nach seinen Vorstellungen älter werden.» Das Spektrum an älteren Personen sei breit, es könne beispielsweise den agilen 95-Jährigen, eine 70-jährige Demente oder den Suchtkranken im Rentenalter geben. «Da ist die Gesellschaft stark gefordert, den Bedürfnissen gerecht zu werden.» Gemeinderätin Michaela Tschuor wagte einen kritischen Blick auf die eigene Gemeinde und machte klar, dass Wikon in den Bereichen von entsprechenden Wohnungen, der sozialen Einbindung älterer Mitmenschen, aber auch bei Erwerbsarbeit und beim Verkehr noch Nachholbedarf habe.

Mehr Verschmutzungen wegen Baustellen

Kanton 2017 hat es weniger Gewässerverschmutzungen gegeben als im Vorjahr. Die Zahl der durch Baustellenabwasser verursachten Verschmutzungen stieg deutlich an.



Diese Zunahme sei auf die intensive Bautätigkeit und auf mangelnde Sorgfalt zurückzuführen, teilte die Luzerner Staatskanzlei mit. Von den gesamthaft 62 gemeldeten Gewässerverschmutzungen im vergangenen Jahr (75 im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2016) waren 13 durch Baustellenabwasser verursacht. Im Vorjahr waren es noch 5. Die Zunahme ist auf die intensive Bautätigkeit und

mangelnde Sorgfalt zurückzuführen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, unterstützt die Dienststelle Umwelt und Energie den Baumeisterverband bei der Umweltausbildung von Baufach-

leuten. Ausserdem startete sie eine Plakatkampagne, um auf Baustellen auf die Problematik aufmerksam zu machen. Weiterhin steht den Gemeinden das Zentralschweizer Umwelt-Baustellenins-

Die Zunahme ist auf die intensive Bautätigkeit und mangelnde Sorgfalt zurückzuführen.

ZVG

pektorat (ZUBI) zur Verfügung. Es soll die Gemeinden in den Kontrollaufgaben im Baustellenbereich unterstützen und bietet Beratungen auf Baustellen an. Deutlich unter dem Vorjahreswert liegt die Zahl der von der Landwirtschaft verursachten Gewässerverschmutzungen durch Gülle: 2017 waren es 17 (27), wovon zwei Vorfälle ein Fischsterben zur Folge hatten. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Zeitperiode 2011 bis 2016 (29 Gewässerverschmutzungen und neun Fischsterben). Die Entwicklung zeigt, dass die Bemühungen der Landwirtschaft zur Vermeidung von Gewässerverschmutzungen wirken, wobei im Jahr 2017 dazu auch witterungsmässig gute Bedingungen herrschten. (SDA/SK)

Dagmersellen

**Michael Lichtsteiner
und Pius Hodel
stehen zur Wahl**

Am Abstimmungssonntag, 4. März werden Dagmerseller Stimmbürger neue Mitglieder der Ortsplanungskommission wählen können. Bis 15. Januar sind bei der Gemeindekanzlei zwei Wahlvorschläge eingegangen, deshalb findet nun eine Urnenwahl statt. Die Kandidaten heissen Michael Lichtsteiner (CVP) und Pius Hodel (SVP). Das neue Mitglied der Ortsplanungskommission wird für die restliche Amtsperiode bis 2020 gewählt. Die Gemeindekanzlei wird die Kandidatenlisten an alle Stimmberechtigten zusammen mit den Abstimmungsunterlagen zustellen. (PD)